

„strengen Regeln“, so Experte Spindler, finde sich in dem Entwurf keine Spur.

Die Mitbestimmung der Bürger etwa soll kärglich bemessen bleiben: Sie dürfen sich „äußern“, wenn ihre Interessen durch Großplanungen „berührt“ sind – mehr nicht. Obendrein sind schwere Konflikte in den Entwurf schon eingebaut: Während beispielsweise in Holland unabhängige Institute den Öko-Test machen, soll das in der Bundesrepublik die jeweilige Genehmigungsbehörde gleich selber miterledigen; bei öffentlichen Vorhaben, wie Müllverbrennungsanlagen, Flußkorrekturen oder Endlagerstätten, würde sich der Planer also selber kontrollieren.

Kriterien und Grenzwerte, die markieren, was umweltschädigend ist, hat Töpfer nicht mitgeliefert. Dieser Katalog, so versichern Ministeriale, sei „in einer zweiten Stufe“ vorgesehen. Die Null-Variante, ein behördliches Verbot von schädlichen Projekten, kommt in dem Töpfer-Papier erst gar nicht vor. Die UVP soll zwar in die deutschen Umweltgesetze installiert werden, doch die Chance, entscheidende Passagen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu reformieren, bleibt ungenutzt.

Dieses Gesetz, nach dem die 50 000 umweltgefährlichsten Anlagen von der Eisengießerei bis zum Gen-Labor lizenziert werden, bietet praktisch keinen Ermessensspielraum, „eine Genehmigung zu versagen“, so Thomas Bunge, UVP-Experte des Umweltbundesamtes. Somit, finden Rechtsexperten, sei Töpfers Entwurf nichts als Augenwischerei.

Mängel hat auch der Bundesverband der Industrie (BDI) ausgemacht. Der Bonner UVP-Entwurf sieht unter anderem vor, daß Behörde und Antragsteller gemeinsam abstecken, wie gründlich die Öko-Prüfung sein soll. Dieses Verfahren hält Horst Sander vom BDI für „tödlich“: Da platze doch vor Gericht jede Genehmigung, „weil kein Richter so eine Kungelei akzeptiert“.

Immerhin will Töpfer den Öko-Test in umweltrelevante Gesetze hineinschreiben, die bei anderen Ministerkollegen ressortieren. Bei denen stößt er allerdings auf Widerstand. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) will, einig mit allen Länderkollegen, die Energieplanung, die noch immer auf einem Nazi-Gesetz von 1935 basiert, nicht der „Öffentlichkeitsbeteiligung“ preisgeben. Bauminister Oscar Schneider (CSU) findet, sein Baugesetz sei umweltfreundlich genug. Und ein Vertreter des Verkehrsministeriums von Jürgen Warnke (CSU) vermag „keine neuen Tatbestände“ zu erkennen.

Angesichts solcher Widerstände glaubt der Umweltminister selbst nicht mehr daran, daß sein Vorhaben rechtzeitig verwirklicht wird. Er strebt nur an, „noch vor der Sommerpause“ eine Entscheidung des Kabinetts „herbeizuführen“.

Wenn aber die EG-Kontrolleure am Stichtag 3. Juli keine verbindliche Regelung für die Öko-Prüfung im Bundesgesetzblatt lesen, werden sie voraussichtlich ein Klageverfahren gegen Bonn einleiten – das 26. allein im Umweltbereich.

„Nur eine Absichtserklärung“ der Bundesregierung hält Ludwig Krämer, zuständiger Kontrolleur bei der EG-Kommission, für unzureichend. Lange genug habe sich Bonn Zeit gelassen: „Da werden wir dann schon von Amts wegen tätig.“

Protestlern eröffnet die Säumigkeit des Bundes ungeahnte Chancen. „Der einzelne Bürger“, sagt Krämer, könne verlangen, daß „geltendes Recht respektiert wird – eben auch EG-Recht“. Die Brüsseler halten es für möglich, daß deutsche Gerichte demnächst ein Großprojekt torpedieren – mit Hinweis auf die EG-Richtlinie.

DDR

Gilt für Meckerer

Mit neuen Verhaltensregeln für Parteimitglieder versucht die SED-Führung eine Reform à la Gorbatschow im eigenen Land zu umgehen.

Als der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceauşescu im Januar seinen 70. Geburtstag feierte, pries SED-Chef Erich Honecker die Verdienste des „werten Genossen“, der aus dem „rückständigen Agrarland ein sozialistisches Rumänien mit entwickelter Industrie und leistungsfähiger Landwirt-

schaft“ geformt habe, und verlieh dem seelenverwandten Gegner von Perestrojka und Glasnost den Karl-Marx-Orden, die höchste Auszeichnung der SED-Republik.

Die peinliche Lobhudelei stieß an der Basis der Sozialistischen Einheitspartei nicht überall auf Beifall. Mehrere Grundorganisationen der SED beschwerten sich schriftlich beim Generalsekretär über den überschwenglichen Glückwunsch ausgerechnet für einen Kommunisten, in dessen Land Elend und Mißwirtschaft zum Alltag gehörten.

Die Genossen bekamen bis heute keine Antwort – obwohl sie mit ihren Eingaben nur befolgten, was die Parteispitze in einer Anweisung „zum einheitlichen und geschlossenen Handeln der Mitglieder und Kandidaten der SED“ derzeit von ihnen fordert: „schöpferisches Denken und revolutionäres Handeln, Kämpfertum, Risikobereitschaft, Ehrlichkeit, Bescheidenheit, bewußte Partei- und Staatsdisziplin und eine hohe Parteimoral“.

Das von der Zentralen Parteikontrollkommission erarbeitete und vom Zentralkomitee der Partei für gut befundene Dokument stellt hohe Ansprüche an den „freiwilligen Kampfbund von Gleichgesinnten“. Die SED, heißt es, ist „eine Massenpartei“, die „ihrer führenden Rolle als Stoßtrupp der Klasse bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gerecht wird“. Für den einzelnen Genossen bedeutet dies nach dem SED-Katechismus, „durch das persönliche Vorbild am Arbeitsplatz, im Kollektiv, im Wohngebiet, in der Familie, durch die Einheit von Wort und Tat... in entscheidendem Maße zur ständigen Festigung und Ver-



SED-Chef Honecker: Beschwerden von der Basis

TENSON

...a way of living



MPC - das Sportswear-Klima-System mit 5 markanten Vorteilen:

1. wasserdicht
2. winddicht
3. atmungsaktiv
4. trocken von innen und außen
5. angenehmer Tragekomfort

Farbkatalog und Händler-
nachweis anfordern bei:
TENSON GMBH
Postfach 140 · 4010 Hilden
Abt. 5

Name

Straße

PLZ/Ort

TENSON

...a way of living

tiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen Partei und Volk“ beizutragen.

Die Grundorganisationen hätten dabei die besonders verantwortungsvolle Aufgabe, „im gesamten innerparteilichen Leben das Leninsche Vermächtnis von der Partei als dem Vortrupp der Arbeiterklasse stets wachzuhalten und danach zu handeln“.

Die Kritiker der Ceausescu-Arie ihres Generalsekretärs Honecker müssen das wohl falsch verstanden haben.

Allzuweit ist es nach den Recherchen der Parteikontrolleure mit der Vorbildrolle der Einheitssozis ohnehin nicht. 1987 gingen sie SED-intern gegen 19 470 Genossen vor, um „die Einheit und Reinheit unserer Partei“ zu wahren. Die meisten Verfahren endeten mit „Streichung aus der SED“.

Welcher Vergehen sich die Geschäkten vor allem schuldig gemacht haben, umschreibt das Papier mit deftigen Worten: „Wer feindliche Ideologien oder Auffassungen vertritt, gehört nicht in die Partei ... Wer der gegnerischen Hetze und Demagogie erliegt, von dem trennen wir uns. Er hat das Recht verwirkt, den Ehrennamen eines Kommunisten zu tragen. Das gleiche gilt für Meckerer und ewige Nörgler.“

Und vom Parteiausschluß bedroht werden auch jene SED-Mitglieder, die gegen Gesetze verstoßen haben. In ungewohnter Offenheit berichtet das Schreiben von 4579 Parteigenossen, die 1987 „wegen Gesetzesverletzungen“ belangt wurden. Dem, fordert die Instruktion ausdrücklich, müsse „überall große Bedeutung beigemessen“ werden, Abweichler von der Parteimoral seien „konsequent zur Verantwortung zu ziehen“, Liberalismus könne nicht geduldet werden, „Spießertum und Karrierismus sowie Doppelzüngerei sind mit der Mitgliedschaft in der Partei unvereinbar“.

SED-Leute wissen, auf wen die Warnungen zielen: Seit dem vergangenen Herbst häufen sich in der SED Unmutsäußerungen von zwei Seiten. Die einen klagen laut über den Verweigerungskurs gegen die Reformbewegung aus dem Osten; die anderen kritisieren immer massiver die zu lasche Behandlung von Dissidenten – etwa SED-Mitglieder des Deutschen Theaters, die sich Anfang des Jahres nach der Ausweisung etlicher Regimekritiker bei der Ost-Berliner Parteiführung bitter beschwerten, sie müßten wohl erst kriminell werden, um auch mal nach Westen reisen zu dürfen.

Mit der Parteimoral vereinbar ist dagegen ab sofort ein Verhalten, das bislang in der Regel einen Einheitssozialisten sein Parteibuch kostete. In dem Dokument verfügt das Zentralkomitee lapidar:

Es darf keine Diskriminierung von Genossen geben, die Verwandte in der BRD oder anderen kapitalistischen Ländern haben und in brieflichem oder persönlichem Kontakt mit ihnen stehen. Zur Parteimoral gehört auch, daß Kontakte

zum kapitalistischen Ausland nicht verschwiegen werden. Die Partei verlangt nicht, daß sie ihrer Verwandtschaft abschwören. Ihnen dürfen daraus keine Nachteile irgendwelcher Art entstehen.

Ausnahmeregelungen über die Unterhaltung von Kontakten kann es im wesentlichen nur für Genossen, die als Geheimnisträger verpflichtet sind, und die bewaffneten Organe geben.

Jahrelang las es sich andersherum: SED-Mitglieder hatten zumeist strenges Kontaktverbot zu den westlichen Ablegern ihrer Sippe.

Die plötzliche Wende soll die Unruhe jener dämpfen, die – wie die Genossen vom Deutschen Theater – nicht länger ohne Maulen hinnehmen wollen, daß ausgerechnet die treuesten Stützen des Regimes auf ewig vom Duft der weiten Welt ausgeschlossen bleiben.

Mit Reformpolitik à la Gorbatschow hat das nichts zu schaffen. Was Erich Honecker davon hält, ließ er seine Basis Anfang März in der vertraulichen Partei-Information Nr. 247 wissen, in der er über sein Gespräch mit dem Vorsitzenden des evangelischen Kirchenbundes der DDR, Bischof Werner Leich, berichtet.

Er habe, so Honecker mehrdeutig, dem Oberhirten gegenüber betont, „mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU stimme er, was die Perestroika betreffe, voll überein, daß jedes Land entsprechend den Bedingungen seiner nationalen Entwicklung und seinen Gegebenheiten handeln muß... Vom Standpunkt der Gesamtentwicklung löse die DDR ihre Probleme anders als andere sozialistische Länder“.

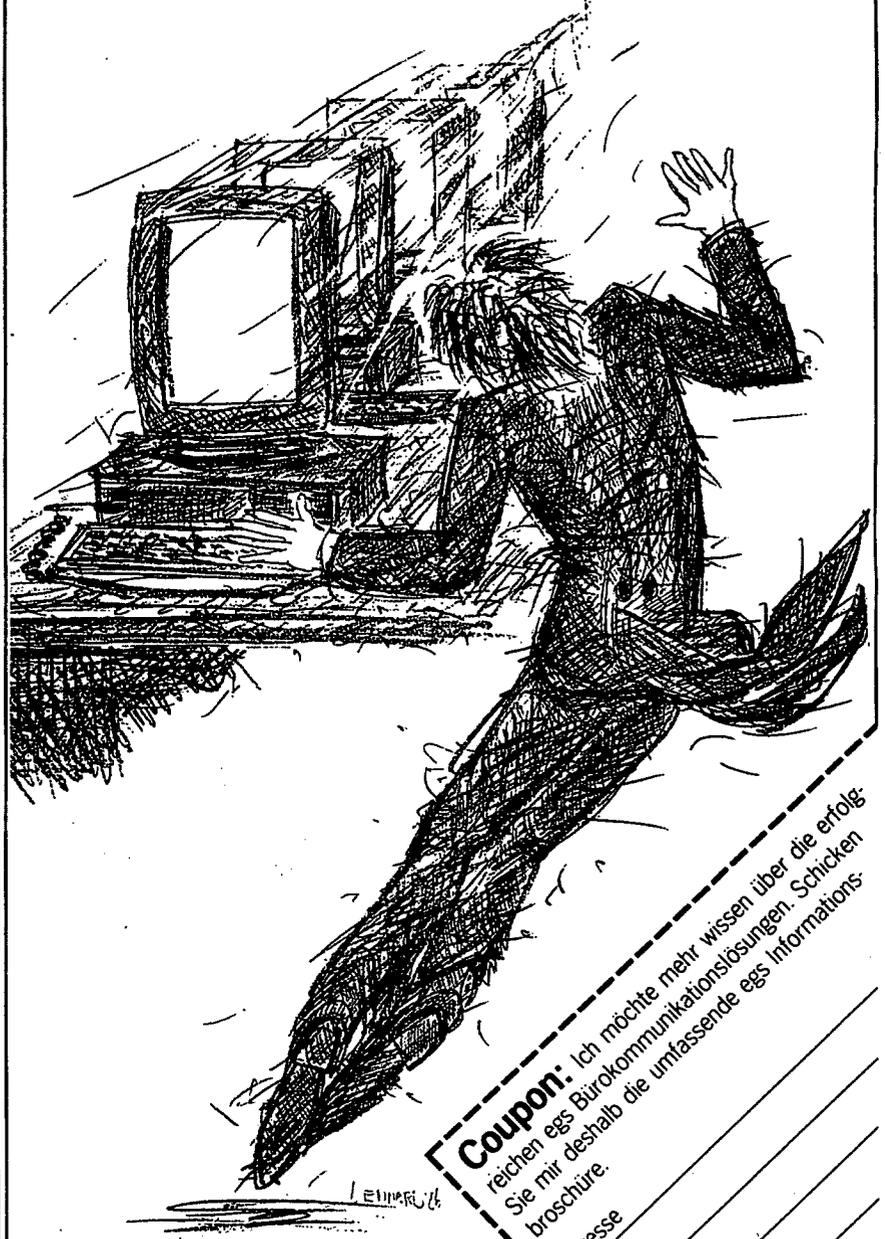
Zur Ruhe bringt der SED-Chef mit solchen Reden die Partei nicht mehr. Im ganzen Land haben sich inzwischen intellektuelle SED-Zirkel gebildet, in denen die Moskauer Politik heftig debattiert wird.

Diskussionen über die Perestroika an der Spitze beflügelt der Parteichef selbst. In der SED verdichten sich Hinweise und Gerüchte, Erich Honecker wolle den erst 1991 fälligen XII. Parteitag auf Ende 1989 oder Frühjahr 1990 vorziehen. In kleinem Kreis ließ er bereits durchblicken, er werde in ein oder zwei Jahren sein Amt als Generalsekretär abgeben und sich auf den Posten des Staatsratsvorsitzenden zurückziehen.

Honecker, so interpretieren SED-Insider diesen Wunsch, möchte als Staatsmann in die Geschichtsbücher einrücken, der seiner DDR zu weltweiter Reputation als sozialistischem Staat verholfen hat.

Die Krönung dieser Karriere steht noch aus: ein Besuch bei der englischen Queen und beim amerikanischen Präsidenten. Beiden, so Honeckers Kalkül, werde es leichter fallen, ein DDR-Staatsoberhaupt einzuladen, das nicht mehr mit der politischen Verantwortung für Dissidenten, Ausreiser und Menschenrechte belastet ist. ♦

Vom Kommunikationsvorsprung zum Wettbewerbsvorsprung



Coupon: Ich möchte mehr wissen über die erfolgreichen egs Bürokommunikationslösungen. Schicken Sie mir deshalb die umfassende egs Informationsbroschüre.

Adresse

SP19/88

Bürokommunikationslösungen
vom deutschen Computerhersteller

egs

egs mbH · Steinhof 51 · D-4006 Erkrath 1 · Telefon 0211 / 24 00 20